

Werlitz, den 7. Juli.  
Bekanntmachung.  
Der Eintritt in die Tagesordnung demangelte Michael (Hagen) als geschäftiger Gemeindeschreiber, das den Abgeordneten nicht vorher die Tagesordnung zugestellt worden sei. Er bestreitet die Gültigkeit der Sitzung und der zu fassenden Beschlüsse, beantragt die Sitzung aufzuschieben und bittet, seinen Vorstand zu Protokoll zu nennen. Präsident Seewein bemerkt dem gegenüber, dass er dem alten Brauche des Hauses gefolgt sei und konstatiert nach einer Diskussion, wonan sich Goetz, Hahn, Müller (Hagen) und

Nacht-Telegramme:

Nacht-Telegramme.

# Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,  
Unterhaltung, Geschäftsvorkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Mitredakteur: Dr. Emil Breyer. Druck und Vertrieb der Herausgeber: Berndt & Pohlken in Dresden. Redakteur: Heinrich Pohlken in Dresden.

Für das Juw. Ludwig Hartmann. Liepsch & Reichardt in Dresden.

Koppel & Co.,  
Bankgeschäft,  
Schloss-Strasse 14,  
gegenüber der Sporerstrasse.

An- und Verkauf aller Staatspapiere, Pfandbriefe, Action etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche Kontrolle der Verlosung aller Wertpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege. Domiciliste für Wechsel.

mit dem Antrage Borsig's, wonach die Entscheidung bei Konzessionsertheilung für Schanzwirkungen den Gemeindeschreibern übertragen ist, bis Artikel 2 erledigt. Hierauf wurde die Sitzung vertagt. nächste Sitzung findet Dienstag den 11. Juli statt. Zur Verabredung gelangt das Tabaksteuer- und das Zollgesetz.

Jg. 189. 24. Jahr. 1879.

Witterungsaussichten: Meist trübe, stellenweise Regen, windig.

Dresden. Dienstag, 8. Juli.

## Politisch.

Noch einmal wird sich im Reichstage der Nationalliberalismus gegen die Neuordnung der Dinge im Reiche aufzäumen. Je nachdem, am Montag oder Dienstag, soll das große Spektakelstück vor sich gehen. Man wird drohende Worte zu hören, heroische Gesten zu sehen bekommen, aber Niemand wird mehr umstimmen, bewegen oder gar rütteln, begeistern, fortreiben. Warum muss diese natürliche Wirkung außerordentliches Rebeaufwands ausbleiben? Weil alle Welt weiß, dass jene Worte nur heuchlerische Phrasen, jene Minif und Handbewegungen nur theatralischer Aufzug sind, dass nur eine Komödie aufgeführt wird. Alle Welt ist haarklein davon unterrichtet, wie die Nationalliberalen zu der widerwilligen Rolle von Oppositionsschreien gekommen sind. Am Freitag fand eine sich bis über Mitternacht hinausziehende Versammlung der national-liberalen Partei statt. Dabei kam es zu den höchsten Auseinanderstellungen und zu den schärfsten Anklagen der verschiedenen Parteihäupter. Der Präsident v. Jordenbeck, der bis dahin seine Parteiversammlung besucht hatte, erhob sich zu der Anklage gegen seinen Genossen v. Bismarck: dieser allein habe die ganze Lage verfahren und sei an dem Unglück der Partei hauptsächlich Schuld, indem er zuzeitig in die Karriere seiner Partei habe fehlen lassen. Bennigsen antwortete gereizt und lüstete endlich den Schleier über jene Verhandlungen, die ihm seiner Zeit zu den Verhandlungen mit Fürst Bismarck nach Vorsatz geführt hatten. Bennigsen hätte damals Minister und zwar Stellvertreter des Reichskanzlers mit dem Rechte der Nachfolgerhaft werden können, wenn er allein in die Regierung eingetreten wäre und dafür die gesamte national-liberalen Partei als willenslose Gefolgschaft dem Kanzler zur Verfügung gestellt hätte. Nun aber verlangte diese nicht bloß einen Ministerposten, sondern beide. Auch Jordenbeck und Stauffenberg sollten und wollten Minister werden. Darauf aber wollte weder der Kaiser noch der Kanzler eingehen. Ohne die Gegenleistung der Minister-Vorsteuilles aber stellten Jordenbeck und Stauffenberg nicht die Stimmen ihrer Anhänger dem Kanzler zu Diensten. Daraon zerstreuht sich bereits einmal die Bennigsen-Bismarckheit. Noch einmal schien, vor 10—12 Tagen war es, dieser Partei ein Umschwung zu wünschen. Abermals verhandelte Bennigsen mit Bismarck. Es ergab sich aber mittlerweile, dass die prinzipiellen Freihändler unter allen Umständen nicht für die Wirtschaftspolitik Bismarcks stimmen würden. Bennigsen musste sich als der arme Teufel benennen, der dem Kanzler nicht so viel Stimmen geben konnte, als er bedarf. Vergebend bot er noch weit mehr indirekte Steuern an, als das Centrum jetzt bewilligt; Bismarck wies seine Hand zurück. Nunmehr verzweifelt Bennigsen selbst endlich an seiner Regierungsfähigkeit, zieht sich auf den Standpunkt des unbedingten Neins zurück und findet sich dort, da er nicht Minister werden kann, wieder zusammen mit Jordenbeck, der es niemals geworden wäre. Die durchgängigen Ministerkandidaten können sich aus, die national-liberalen Partei bleibt zusammen und stimmt geschlossen gegen den Frankenstein'schen Antrag, bis auf 15 Abgeordnete, die aus der Partei austreten.

Aller Zorn über das Parteipräsch wird sich nun in den Reden gegen den Frankenstein'schen Antrag Luft machen. Es ist keine edte Entlastung über die Steuerloft, was da explodiert. Mit tausend Freuden hätten die Nationalliberalen noch weit mehr Millionen Steuern bewilligt, wenn sie selbst nur dabei einige Lemter hätten erwischen können. So sehr wir die Bewilligungslust des Centrums als übergreifend beklagen.... vergessen wir nicht, dass es die Nationalliberalen, wenn sie nur gedurst hätten, es noch toller getrieben haben würden. Eine ewige Rente von 130 Millionen Mark aus den indirekten Steuern dem Reich zu überweisen, rüft Kopfschütteln hervor; aber statt dieser eisernen Kuh wäre dem Heide der ganze Viehhofstand der Einzelstaaten überantwortet worden, hätte es das Unfall gewollt, dass Bennigsen-Jordenbeck-Stauffenberg die Stallschlüssel ausgehändigbt bekommen. Einer großen Gefahr ist damit das Baterland entgangen. Das Centrum hat viel Schlimmes abgewendet. Ohne dieses hätten wir viel höhere Tabaksteuerlaste, die Nachsteuer und zuletzt das Monopol, hätten den vollen Kaffeezoll und die volle Biersteuer bekommen. Es gefällt uns Vieles an dem neuen Zolltarif nicht. Einzelne Sätze sind unstrittig zu hoch und werden drücken. Am Spiritus und Zucker, die eine höhere Besteuerung ertragen, welche nicht die Consumenten, sondern die reichen Großgrundbesitzer bezahlten, drückt sich der Klingelbeutel der Steuerbeamten still vorbei, um am Kaffeezoll und der Petroleumlumpen des Armen halt zu machen. Die Börsegeschäfte bleiben auch ferner unbesteuert, aber Schmalz und Korn, Fisch und Fleisch macht man steuerpflichtig. An eine Bedienten-, Luruspferde- und Wagensteuer, an eine Ordensteuer denkt Niemand, aber Butter und gekochte Heringe vergibt man gewiss nicht. Noch Manches der Art wäre anzuführen, was man jetzt hinunterwürfen muss, um ein großes Ganze und damit vier Vortheile zu erreichen. Zu oberst und allererst den Himmelsturz der unheldvollen Partei, die bisher Deutschlands Geschichte bestimmte und das ist das fiktive Moment, sobann den Wiederaufschwung deutscher Arbeit und waterländischen Gewerbeleidenschaft durch die Schutzölle; weiter, die Besteigung der Defizite in Staat und Reich, die alle Finanzen in die heilsame Wirtschaft zu stürzen drohten, zu guter Letzt endlich das Wiederzuehrenkommen des bundesstaatlichen Gedankens in der Vertheilung der Zollüberschüsse an die Einzelstaaten. Mit Reptem aber ist dem künftigen Anschwollen des Militärs wenigstens in etwas der Niegel vorgeschoßen.

Der Fürst Alexander von Bulgarien hat vom Sultan in Konstantinopel die Bestallung als Fürst erhalten und hat sich nach Varna eingefügt, um dort sein neues Herrschaftsgebiet zum ersten Male zu betreten.

Mit einer von den Juden fast abgelernten Schlaunheit suchen sich die rumänischen Kammer der Besteigung des Berliner Vertrags zu entziehen, den Juden politische Gleichberechtigung zu ge-

möhnen. Sie rasonnieren so: Ihnen müssen wir, aber wir machen den Juden möglichst schwer, Böllbürger Rumäniens zu werden. Wer dies will, muss ein Gesuch an den Fürsten richten. Bei diesem bleibt es vor 10 Jahre unerledigt liegen. Dann bringt es der Fürst an die Kammer. Erst wenn diese es mit  $\frac{2}{3}$  Mehrheit genehmigt, wird ein Jude rumänischer Bürger. Offenbar wollen die Rumänen nichts von den Juden wissen und allerdings geben aufgeklärte Juden in Deutschland und Österreich zu, dass ihre Nationalitätsgenossen in Rumänien auf einer entsetzlich tiefen Stufe der Besitztum stehen und zum guten Theil noch unreif zur Ausübung staatsbürglicher Rechte sind.

## Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten.“

Berlin, 7. Juli. Die Ernennung des geh. Raths Bitter zum preußischen Finanzminister, sowie die Erheilung der nachgestricken Entlassung an Hobrecht wird heute amtlich publicirt. Die Ernennung der Reichstagsabgeordneten v. Puttkammer und Dr. Lucius zu Ministern bleibt bis nach dem Schluss des Reichstags verschoben, da diese sonst ihre Reichstagsmandate verlieren würden.

Berlin, 7. Juli. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Bekanntmachung des Reichskanzlers, die vorläufige Einführung der neuen Eingangsölze auf Brantwein, Krac, Rum, Essig, Most, Süßfrüchte, Kaffee, Thee und Petroleum betr.

Berlin, 7. Juli. Der Abg. v. Barnbüler brachte heute im Reichstage einen Antrag dahin gehend: dass Transfitter für Holz und Getreide nicht obligatorisch, sondern facultativ sein sollen. Ein weiterer Antrag desselben schlägt ferner zu § 7 des Tarifgesetzes, welcher den Antrag Frankenstein's enthält, folgenden Zusatz vor: Diese Bestimmung tritt am 1. April 1880 in Kraft. Somit der Extrat der Höhe und der Tabaksteuer für die Zeit vom 1. Oktober 1879 bis 31. März 1880 die Summe von 52,651,815 übersteigt, kommt der entstehende Überschuss an Materialabdrägen den einzelnen Bundesstaaten nach Maßstab ihrer Bevölkerung in Abzug.

Berlin, 7. Juli. Die Wahlbehördenkommission hat die Ungiltigkeit der Wahl Dr. Hammacher's, der in Laudenburg gegen mit nur 3 Stimmen Mehrheit gegen den Grafen Herder Bismarck gewählt worden war, beantragt. Dr. Hammacher hat sein Wahlrecht infolge dessen niedergestellt. Der Reichstag genehmigte das Gesetz, betreffs der Statistik des auswärtigen Handelsvertrags, in der Fassung der Kommission. Hierauf wird zusätzlich das Tabaksteuergebot beauftragt und dieses selbst, sowohl in seinem Steuertarif (§ 6 und § 8 Tarif) als seinem sonstigen Inhalt noch fallso unter Ablösung der Zoll- und der Nachsteuer in der Kommissionsabschluss gültigkeitsfähig. Weder der Befürworter noch der Gegner kann eine Resolution wegen Bekämpfung der Tabakabfertigung in den Strafanstalten. Die Kommission beantragt: einzuholen unanständig eine Einziehung der verfehlten eintritt zu lassen. Dieser Antrag wird angenommen, der Gesetz abgelehnt. Es folgt nunmehr das Zolltarifgesetz zu § 1, die Einführungstermine etc., beantragt Graf Udo Stolberg, einen allgemeinen Termin auf den 1. Jan. f. J. anstatt des 1. Oktober f. J. anzubestimmen. Er bestimmt diese Sitzung ein, er erklärt sich auch gegen den Antrag des Grafen Stolberga. Abg. Boretius (national-liberal) erklärt, er werde gegen den Tarif stimmen, nicht wegen der Abmilderung oder des Antrags Frankenstein, sondern wegen der Schwäche. Er wendet sich besonders gegen den Abg. v. Barnbüler, der 1868 bei der Kriegserklärung Preußens an den Deutschen Bund als wahrsagerischer Minister im Stuttgarter Pariser handelnd gegen Preußen ausgetragen ist. Vom 1. April 1880 wird das Zolltarifgesetz zu § 1, die Einführungstermine etc., beantragt Graf Udo Stolberg, einen allgemeinen Termin auf den 1. Jan. f. J. anstatt des 1. Oktober f. J. anzubestimmen. Er bestimmt diese Sitzung ein, er erklärt sich auch gegen den Antrag des Grafen Stolberga. Abg. Boretius (national-liberal) erklärt, er werde gegen den Tarif stimmen, nicht wegen der Abmilderung oder des Antrags Frankenstein, sondern wegen der Schwäche. Er wendet sich besonders gegen den Abg. v. Barnbüler, der 1868 bei der Kriegserklärung Preußens an den Deutschen Bund als wahrsagerischer Minister im Stuttgarter Pariser handelnd gegen Preußen ausgetragen ist. Vom 1. April 1880 wird das Zolltarifgesetz zu § 1, die Einführungstermine etc., beantragt Graf Udo Stolberg, einen allgemeinen Termin auf den 1. Jan. f. J. anstatt des 1. Oktober f. J. anzubestimmen. Er bestimmt diese Sitzung ein, er erklärt sich auch gegen den Antrag des Grafen Stolberga. Abg. Boretius (national-liberal) erklärt, er werde gegen den Tarif stimmen, nicht wegen der Abmilderung oder des Antrags Frankenstein, sondern wegen der Schwäche. Er wendet sich besonders gegen den Abg. v. Barnbüler, der 1868 bei der Kriegserklärung Preußens an den Deutschen Bund als wahrsagerischer Minister im Stuttgarter Pariser handelnd gegen Preußen ausgetragen ist. Vom 1. April 1880 wird das Zolltarifgesetz zu § 1, die Einführungstermine etc., beantragt Graf Udo Stolberg, einen allgemeinen Termin auf den 1. Jan. f. J. anstatt des 1. Oktober f. J. anzubestimmen. Er bestimmt diese Sitzung ein, er erklärt sich auch gegen den Antrag des Grafen Stolberga. Abg. Boretius (national-liberal) erklärt, er werde gegen den Tarif stimmen, nicht wegen der Abmilderung oder des Antrags Frankenstein, sondern wegen der Schwäche. Er wendet sich besonders gegen den Abg. v. Barnbüler, der 1868 bei der Kriegserklärung Preußens an den Deutschen Bund als wahrsagerischer Minister im Stuttgarter Pariser handelnd gegen Preußen ausgetragen ist. Vom 1. April 1880 wird das Zolltarifgesetz zu § 1, die Einführungstermine etc., beantragt Graf Udo Stolberg, einen allgemeinen Termin auf den 1. Jan. f. J. anstatt des 1. Oktober f. J. anzubestimmen. Er bestimmt diese Sitzung ein, er erklärt sich auch gegen den Antrag des Grafen Stolberga. Abg. Boretius (national-liberal) erklärt, er werde gegen den Tarif stimmen, nicht wegen der Abmilderung oder des Antrags Frankenstein, sondern wegen der Schwäche. Er wendet sich besonders gegen den Abg. v. Barnbüler, der 1868 bei der Kriegserklärung Preußens an den Deutschen Bund als wahrsagerischer Minister im Stuttgarter Pariser handelnd gegen Preußen ausgetragen ist. Vom 1. April 1880 wird das Zolltarifgesetz zu § 1, die Einführungstermine etc., beantragt Graf Udo Stolberg, einen allgemeinen Termin auf den 1. Jan. f. J. anstatt des 1. Oktober f. J. anzubestimmen. Er bestimmt diese Sitzung ein, er erklärt sich auch gegen den Antrag des Grafen Stolberga. Abg. Boretius (national-liberal) erklärt, er werde gegen den Tarif stimmen, nicht wegen der Abmilderung oder des Antrags Frankenstein, sondern wegen der Schwäche. Er wendet sich besonders gegen den Abg. v. Barnbüler, der 1868 bei der Kriegserklärung Preußens an den Deutschen Bund als wahrsagerischer Minister im Stuttgarter Pariser handelnd gegen Preußen ausgetragen ist. Vom 1. April 1880 wird das Zolltarifgesetz zu § 1, die Einführungstermine etc., beantragt Graf Udo Stolberg, einen allgemeinen Termin auf den 1. Jan. f. J. anstatt des 1. Oktober f. J. anzubestimmen. Er bestimmt diese Sitzung ein, er erklärt sich auch gegen den Antrag des Grafen Stolberga. Abg. Boretius (national-liberal) erklärt, er werde gegen den Tarif stimmen, nicht wegen der Abmilderung oder des Antrags Frankenstein, sondern wegen der Schwäche. Er wendet sich besonders gegen den Abg. v. Barnbüler, der 1868 bei der Kriegserklärung Preußens an den Deutschen Bund als wahrsagerischer Minister im Stuttgarter Pariser handelnd gegen Preußen ausgetragen ist. Vom 1. April 1880 wird das Zolltarifgesetz zu § 1, die Einführungstermine etc., beantragt Graf Udo Stolberg, einen allgemeinen Termin auf den 1. Jan. f. J. anstatt des 1. Oktober f. J. anzubestimmen. Er bestimmt diese Sitzung ein, er erklärt sich auch gegen den Antrag des Grafen Stolberga. Abg. Boretius (national-liberal) erklärt, er werde gegen den Tarif stimmen, nicht wegen der Abmilderung oder des Antrags Frankenstein, sondern wegen der Schwäche. Er wendet sich besonders gegen den Abg. v. Barnbüler, der 1868 bei der Kriegserklärung Preußens an den Deutschen Bund als wahrsagerischer Minister im Stuttgarter Pariser handelnd gegen Preußen ausgetragen ist. Vom 1. April 1880 wird das Zolltarifgesetz zu § 1, die Einführungstermine etc., beantragt Graf Udo Stolberg, einen allgemeinen Termin auf den 1. Jan. f. J. anstatt des 1. Oktober f. J. anzubestimmen. Er bestimmt diese Sitzung ein, er erklärt sich auch gegen den Antrag des Grafen Stolberga. Abg. Boretius (national-liberal) erklärt, er werde gegen den Tarif stimmen, nicht wegen der Abmilderung oder des Antrags Frankenstein, sondern wegen der Schwäche. Er wendet sich besonders gegen den Abg. v. Barnbüler, der 1868 bei der Kriegserklärung Preußens an den Deutschen Bund als wahrsagerischer Minister im Stuttgarter Pariser handelnd gegen Preußen ausgetragen ist. Vom 1. April 1880 wird das Zolltarifgesetz zu § 1, die Einführungstermine etc., beantragt Graf Udo Stolberg, einen allgemeinen Termin auf den 1. Jan. f. J. anstatt des 1. Oktober f. J. anzubestimmen. Er bestimmt diese Sitzung ein, er erklärt sich auch gegen den Antrag des Grafen Stolberga. Abg. Boretius (national-liberal) erklärt, er werde gegen den Tarif stimmen, nicht wegen der Abmilderung oder des Antrags Frankenstein, sondern wegen der Schwäche. Er wendet sich besonders gegen den Abg. v. Barnbüler, der 1868 bei der Kriegserklärung Preußens an den Deutschen Bund als wahrsagerischer Minister im Stuttgarter Pariser handelnd gegen Preußen ausgetragen ist. Vom 1. April 1880 wird das Zolltarifgesetz zu § 1, die Einführungstermine etc., beantragt Graf Udo Stolberg, einen allgemeinen Termin auf den 1. Jan. f. J. anstatt des 1. Oktober f. J. anzubestimmen. Er bestimmt diese Sitzung ein, er erklärt sich auch gegen den Antrag des Grafen Stolberga. Abg. Boretius (national-liberal) erklärt, er werde gegen den Tarif stimmen, nicht wegen der Abmilderung oder des Antrags Frankenstein, sondern wegen der Schwäche. Er wendet sich besonders gegen den Abg. v. Barnbüler, der 1868 bei der Kriegserklärung Preußens an den Deutschen Bund als wahrsagerischer Minister im Stuttgarter Pariser handelnd gegen Preußen ausgetragen ist. Vom 1. April 1880 wird das Zolltarifgesetz zu § 1, die Einführungstermine etc., beantragt Graf Udo Stolberg, einen allgemeinen Termin auf den 1. Jan. f. J. anstatt des 1. Oktober f. J. anzubestimmen. Er bestimmt diese Sitzung ein, er erklärt sich auch gegen den Antrag des Grafen Stolberga. Abg. Boretius (national-liberal) erklärt, er werde gegen den Tarif stimmen, nicht wegen der Abmilderung oder des Antrags Frankenstein, sondern wegen der Schwäche. Er wendet sich besonders gegen den Abg. v. Barnbüler, der 1868 bei der Kriegserklärung Preußens an den Deutschen Bund als wahrsagerischer Minister im Stuttgarter Pariser handelnd gegen Preußen ausgetragen ist. Vom 1. April 1880 wird das Zolltarifgesetz zu § 1, die Einführungstermine etc., beantragt Graf Udo Stolberg, einen allgemeinen Termin auf den 1. Jan. f. J. anstatt des 1. Oktober f. J. anzubestimmen. Er bestimmt diese Sitzung ein, er erklärt sich auch gegen den Antrag des Grafen Stolberga. Abg. Boretius (national-liberal) erklärt, er werde gegen den Tarif stimmen, nicht wegen der Abmilderung oder des Antrags Frankenstein, sondern wegen der Schwäche. Er wendet sich besonders gegen den Abg. v. Barnbüler, der 1868 bei der Kriegserklärung Preußens an den Deutschen Bund als wahrsagerischer Minister im Stuttgarter Pariser handelnd gegen Preußen ausgetragen ist. Vom 1. April 1880 wird das Zolltarifgesetz zu § 1, die Einführungstermine etc., beantragt Graf Udo Stolberg, einen allgemeinen Termin auf den 1. Jan. f. J. anstatt des 1. Oktober f. J. anzubestimmen. Er bestimmt diese Sitzung ein, er erklärt sich auch gegen den Antrag des Grafen Stolberga. Abg. Boretius (national-liberal) erklärt, er werde gegen den Tarif stimmen, nicht wegen der Abmilderung oder des Antrags Frankenstein, sondern wegen der Schwäche. Er wendet sich besonders gegen den Abg. v. Barnbüler, der 1868 bei der Kriegserklärung Preußens an den Deutschen Bund als wahrsagerischer Minister im Stuttgarter Pariser handelnd gegen Preußen ausgetragen ist. Vom 1. April 1880 wird das Zolltarifgesetz zu § 1, die Einführungstermine etc., beantragt Graf Udo Stolberg, einen allgemeinen Termin auf den 1. Jan. f. J. anstatt des 1. Oktober f. J. anzubestimmen. Er bestimmt diese Sitzung ein, er erklärt sich auch gegen den Antrag des Grafen Stolberga. Abg. Boretius (national-liberal) erklärt, er werde gegen den Tarif stimmen, nicht wegen der Abmilderung oder des Antrags Frankenstein, sondern wegen der Schwäche. Er wendet sich besonders gegen den Abg. v. Barnbüler, der 1868 bei der Kriegserklärung Preußens an den Deutschen Bund als wahrsagerischer Minister im Stuttgarter Pariser handelnd gegen Preußen ausgetragen ist. Vom 1. April 1880 wird das Zolltarifgesetz zu § 1, die Einführungstermine etc., beantragt Graf Udo Stolberg, einen allgemeinen Termin auf den 1. Jan. f. J. anstatt des 1. Oktober f. J. anzubestimmen. Er bestimmt diese Sitzung ein, er erklärt sich auch gegen den Antrag des Grafen Stolberga. Abg. Boretius (national-liberal) erklärt, er werde gegen den Tarif stimmen, nicht wegen der Abmilderung oder des Antrags Frankenstein, sondern wegen der Schwäche. Er wendet sich besonders gegen den Abg. v. Barnbüler, der 1868 bei der Kriegserklärung Preußens an den Deutschen Bund als wahrsagerischer Minister im Stuttgarter Pariser handelnd gegen Preußen ausgetragen ist. Vom 1. April 1880 wird das Zolltarifgesetz zu § 1, die Einführungstermine etc., beantragt Graf Udo Stolberg, einen allgemeinen Termin auf den 1. Jan. f. J. anstatt des 1. Oktober f. J. anzubestimmen. Er bestimmt diese Sitzung ein, er erklärt sich auch gegen den Antrag des Grafen Stolberga. Abg. Boretius (national-liberal) erklärt, er werde gegen den Tarif stimmen, nicht wegen der Abmilderung oder des Antrags Frankenstein, sondern wegen der Schwäche. Er wendet sich besonders gegen den Abg. v. Barnbüler, der 1868 bei der Kriegserklärung Preußens an den Deutschen Bund als wahrsagerischer Minister im Stuttgarter Pariser handelnd gegen Preußen ausgetragen ist. Vom 1. April 1880 wird das Zolltarifgesetz zu § 1, die Einführungstermine etc., beantragt Graf Udo Stolberg, einen allgemeinen Termin auf den 1. Jan. f. J. anstatt des 1. Oktober f. J. anzubestimmen. Er bestimmt diese Sitzung ein, er erklärt sich auch gegen den Antrag des Grafen Stolberga. Abg. Boretius (national-liberal) erklärt, er werde gegen den Tarif stimmen, nicht wegen der Abmilderung oder des Antrags Frankenstein, sondern wegen der Schwäche. Er wendet sich besonders gegen den Abg. v. Barnbüler, der 1868 bei der Kriegserklärung Preußens an den Deutschen Bund als wahrsagerischer Minister im Stuttgarter Pariser handelnd gegen Preußen ausgetragen ist. Vom 1. April 1880 wird das Zolltarifgesetz zu § 1, die Einführungstermine etc., beantragt Graf Udo Stolberg, einen allgemeinen Termin auf den 1. Jan. f. J. anstatt des 1. Oktober f. J. anzubestimmen. Er bestimmt diese Sitzung ein, er erklärt sich auch gegen den Antrag des Grafen Stolberga. Abg. Boretius (national-liberal) erklärt, er werde gegen den Tarif stimmen, nicht wegen der Abmilderung oder des Antrags Frankenstein, sondern wegen der Schwäche. Er wendet sich besonders gegen den Abg. v. Barnbüler, der 1868 bei der Kriegserklärung Preußens an den Deutschen Bund als wahrsagerischer Minister im Stuttgarter Pariser handelnd gegen Preußen ausgetragen ist. Vom 1. April 1880 wird das Zolltarifgesetz zu § 1, die Einführungstermine etc., beantragt Graf Udo Stolberg, einen allgemeinen Termin auf den 1. Jan. f. J.